

Ein kritischer Blick auf die Umsetzung der Integrations- agenda Zürich (IAZH) 2021 und 2022

Runder Tisch «Bildung und Berufsintegration für Geflüchtete und Sans-Papiers»

Markus Truniger / 15. Nov. 2023

Vorbemerkungen

- Es gibt zwei Monitoringberichte über die Umsetzung 2021 und 2022.
- Wir haben die Berichte kritisch gelesen – aus der Perspektive der NGOs.
- Es ist schwierig, die Berichte einzuschätzen:
 - Es fehlen Daten über die Beteiligung an Bildungsangeboten des Regelsystems (Berufsvorbereitungsjahre, Mittelschulen und Hochschulen) und über Bildungslaufbahnen.
- Zu berücksichtigen ist die starke Belastung des Systems 2022 durch die grosse Zahl von Geflüchteten aus der Ukraine.

Die Integrationsagenda bringt Fortschritte

- Die Zahl der akkreditierten Angebote (218) ist gross und angestiegen.
- Das Angebot der Deutschkurse erreicht relativ viele Personen.
- Es gibt mehr finanzielle Mittel durch die Integrationspauschale des Bundes (18'000 pro Person / FL und VA).

Vielen Dank an alle engagierten Akteur:innen!

Problem 1: Die Förderung erreicht nicht alle Geflüchteten, die Bedarf haben

- Nur eine Minderheit aller FL und VA nutzten 2022 Angebote der IAZH (ca. 4'400 von total 12'600 im Alter von über 16).
- Wo sind die Personen ohne Integrationsförderung ?
- Ein Teil ist schon in Ausbildungen der Regelstruktur oder erwerbstätig.
- Es ist anzunehmen, dass die Integrationsförderung noch mehr Personen mit mehr, intensiveren und längeren Angeboten erreichen sollte.

Problem 2: Nicht alle jungen Geflüchteten absolvieren eine vollschulische Bildung oder Ausbildung

- Total ca. 3000 Personen gehören zur Zielgruppe im Alter von 17 bis 25.
- Davon sind ca. 50% schon in regulären Brückenangeboten oder Ausbildungen.
- Nur 161 Personen sind in einem vollschulischen Angebot der IAZH und 159 in einer Integrationsvorlehre.
- Ein restlicher Teil bleibt ohne vollschulische Bildung («nur» Deutschkurse).
- Nötig ist eine vollschulische Ausbildung für alle, um das Ziel zu erreichen, dass möglichst viele einen Abschluss auf Sek-Stufe II machen.

Problem 3: Geflüchtete Frauen werden zu wenig gefördert

- Frauen sind etwa gleich viel in Sprach-Angeboten zu finden wie Männer.
- Frauen sind viel weniger zu finden in Angeboten der Bildung, der Arbeitsintegration und in der Erwerbstätigkeit (nur 25%).

Problem 4: Die durchgängige Fallführung mit Potenzialabklärung und Integrationsplanung ist mehr Theorie als Praxis

- Auch da fehlen präzise Daten.
- Eine sorgfältig Potenzialabklärung durch die fallführenden Stellen (meist die Gemeinden) wurde oft nicht oder nur teilweise gemacht (Begründung: Arbeitsbelastung durch geflüchtete Ukrainer:innen).
- Das Kernstück der IAZH funktioniert (noch) nicht richtig.

Problem 5: Geflüchtete werden durch die Gemeinden ungleich gefördert

- Die Gemeinden setzen ungleich viele finanzielle Mittel ein.
- Das Prinzip «Bildung vor Arbeit» für Jugendliche und junge Erwachsene ist nicht immer gewährleistet. Es gibt immer noch Personen, die rasch in eine unqualifizierte Arbeit gedrängt werden.
- Das Prinzip der möglichst frühen Förderung (d.h. möglichst rasch nach der Zuweisung in eine Gemeinde, nicht erst im Verlauf der ersten drei Jahre) ist nicht immer gewährleistet.

Problem 6: Die Rechte und Ansprüche der Geflüchteten sind nicht definiert

- Geflüchtete sind abhängig von der Gemeinde, ob und welche Angebote der IAZH sie besuchen können.
- Sie haben eine Mitwirkungspflicht, jedoch kein Recht / keinen individuellen Anspruch auf Angebote und Gelder der Integrationsförderung (obwohl die Gemeinden für jede Person Mittel von Bund und Kanton bekommen).
- Es gibt keine unabhängige Anlaufstelle bei Differenzen und Konflikten mit der Gemeinde.

Problem 7: Die Finanzen für Integration werden unterschiedlich genützt; sie reichen insgesamt nicht weit, um die (teuren) Angebote zu finanzieren

- 81 Gemeinden geben mehr Geld aus als die Kostendächer, 28 Gemeinden geben deutlich weniger aus, 25 Gemeinden nutzen sie gar nicht.
- Die Gemeinden bekommen vom Kanton pro Jahr und Person ein Kostendach von Fr. 1710.
- Es ist unklar, wie eine Gemeinde damit für alle Geflüchteten mit Bedarf in ausreichendem Mass Angebote der IAZH bezahlen kann.
- Wie kann eine Gemeinde z.B. Angebote der vollschulischen Bildung finanzieren, die Fr. 20 – 30'000 Fr. pro Person und Jahr kosten?

Ausblick

- Die Fachstelle Integration schlägt Fachaustauschrunden zur Optimierung und Entwicklung der IAZH vor.
- Wir begrüßen dies und erwarten, dass dabei auch Geflüchtete selbst mitwirken können.